Auf dem Forum der UN wird es über die Diskrimination der Kirche in der Ukraine und Nordmazedonien erläutert



Auf dem politischen Forum vom hohen Niveau der Organisation der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung (HLPF), das in der Hauptverwaltung der UN in New-York am 6.-15. Juli 2021 stattfand, haben die Menschenrechtler der Organisation “Public Advocacy” das schriftliche Statement von der Diskriminierung der Orthodoxen Kirche in solchen Ländern wie die Ukraine und Nordmazedonien abgegeben, berichtet **die Union von den orthodoxen Journalisten** mit Hinweis **auf den Pressedienst “Public Advocacy”**. In dieser gesellschaftlichen Organisation wurde es betont, dass das stattgefundene Forum der Hauptplatz der UN für die zukünftige Tätigkeit und den Überblick der Tagesordnung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung für den Zeitraum bis zum Jahre 2030 sei.

Die Menschenrechtler forderten HLPF auf ihren Beitrag zur Erhaltung des interkonfessionellen Friedens in den angegebenen Ländern zu leisten. “ Es ist unvertretbar, dass die Staate auf dem Niveau der zentralen Behörden die Politik der Ungleichheit nach dem nationalen, ethnischen oder religiösen Kriterium durchsetzen. Leider wird heute solche Politik gegen die religiösen Gemeinden in der Ukraine, in Nordmazedonien und früher- in Montenegro betrieben. In diesen Ländern mischen sich die Staate in die religiösen Angelegenheiten der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, der Serbischen Orthodoxen Kirche ein, dabei sie die Voraussetzungen für das Entstehen der alternativen religiösen Strukturen schaffen, die von den Behörden ermuntert”,- wird es in der Aussage betont, der ganze Text von derer **auf der Seite des Forums der UN unter Nummer 303** veröffentlicht wird.

In diesem Dokument wird es auch gesagt: “ Wir holen wieder, dass die Ukrainische Orthodoxe Kirche das Bund der Millionen der Ukrainer von von der Orthodoxie vereinigten verschiedenen Nationalitäten ist. Sie haben das Recht ihren Glauben frei zu bekennen und gleiche Rechte mit anderen Konfessionen zu haben. Auf diesem Forum fordern wir noch einmal die Ukraine auf die Einhaltung der Rechte von den Gläubigen der UOK gewährzuleisten und auf die diskriminierenden Politik hinsichtlich dieser Konfession zu verzichten”.

Als das Oberhaupt der Organisation “Public Advocacy” Oleg Denisow diese Aussage kommentierte, betonte er, dass “ abgesehen von der Passivität der UN in den Fragen der Vertretung der Rechte von den orthodoxen Gemeinden der Ukraine, Nordmazedonien und Montenegro setzen wir fort alles, was wir können, zu machen, um die Probleme der Orthodoxen Kirche von den internationalen Rechtsschutzstrukturen nicht vergessen werden”.

Kommunikationsamt der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen

---

Quelle: https://mospat.ru/de/news/87742/